



Nr. 315 | 20.05.2025

Ukraine-Analysen

Wahlen im Krieg?

ANALYSE	
Hürden und Herausforderungen für Wahlen in der Ukraine Olha Ajwasowska, Andrij Sawtschuk (beide OPORA, Kyjiw)	2
ANALYSE	
Warum Wahlen in der Ukraine den Russisch-Ukrainischen Krieg nicht beenden können Andreas Umland (Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien (SCEEUS), Stockholm/Kyjiw)	7
DOKUMENTATION	
Statement of Ukrainian Non-Governmental Organizations on the Impossibility of Holding Democratic Elections without the Sustainable Peace	9
UMFRAGEN	
Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu Wahlen im Krieg	11
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	13

ANALYSE

Hürden und Herausforderungen für Wahlen in der Ukraine

Olha Ajwasowska, Andrij Sawtschuk (beide OPORA, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.315.01

Zusammenfassung

Ohne dauerhaften Frieden ist es unmöglich, in der Ukraine demokratische Wahlen abzuhalten. Bei Wahlen geht es zum einen um die Sicherheit und die Freiheit, den politischen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Zum anderen geht es um die Einhaltung demokratischer Standards bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen. Beides ist unter den anhaltenden Kriegsbedingungen nicht gegeben. Die Abhaltung von Wahlen nach Ende des Krieges erfordert jedoch bereits im Vorfeld Vorbereitungen und die Schaffung rechtlicher Regelungen.

Demokratische Wahlen sind eine der Säulen, die die Ukraine vor dem Verlust ihrer Souveränität schützt. Wenn ukrainische Politiker nicht wie frei gewählte Vertreter, sondern wie autoritäre Führer denken würden, würden sie ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung handeln. Wären die letzten nationalen Wahlen 2019 in der Ukraine nicht von allen als fair und frei anerkannt worden, wäre die Legitimität der Regierung des Landes im Krieg in Frage gestellt worden. Dass derzeit keine Wahlen abgehalten werden können, ist einzig und allein eine Folge der russischen Aggression und der Unmöglichkeit, die Sicherheit des Wahlprozesses und die Einbeziehung der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung zu gewährleisten.

Damit Wahlen ordnungsgemäß abgehalten werden können, müssen demokratische Bedingungen geschaffen werden. Dazu gehören: freie Arbeit der Medien, die Möglichkeit einer aktiven Kommunikation zwischen politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Bevölkerung, die freie Sammlung und Verbreitung von Informationen, die Aufhebung von Beschränkungen der Freizügigkeit und die Gewährleistung des politischen Wettbewerbs.

Für den Übergang von den rechtlichen Regelungen des Kriegszustands zum Wahlkampf wird zusätzliche Zeit benötigt, denn bei freien Wahlen geht es nicht nur um den Wahltag, sondern auch um Meinungsvielfalt und den Wettbewerb der Ideen über den Entwicklungsweg des Landes. Es liegt auf der Hand, dass es unmöglich ist, diese Rechte während des Kriegszustands zu gewährleisten, und die Durchführung von Wahlen ohne dauerhaften Frieden könnte verheerende Folgen für die Ukraine als Staat haben.

Mehr als drei Jahre russischer Aggression gegen die Ukraine zeigen, dass das Hauptziel des Kremls darin besteht, die ukrainische Staatlichkeit zu liquidieren. Um dieses Ziel zu erreichen, ist Russland bereit, alle erforderlichen Mittel einzusetzen: militärische Operationen, Beschuss ziviler Ziele und der Energieinfrastruktur sowie natürlich Propaganda. Eine der zentralen

Aufgaben der russischen Aktionen ist es, die internationale Gemeinschaft davon zu überzeugen, dass es in der Ukraine keine legitime Regierung gibt. Diese Rhetorik soll die innere Stabilität der Ukraine untergraben, das Vertrauen in die demokratische Legitimation der ukrainischen Staatsführung zerstören und dadurch die wirtschaftliche und militärische Hilfe der Partnerländer deutlich verringern. Auf diese Weise versucht der Kreml, sein seit langem bestehendes, viel umfassenderes Narrativ zu legitimieren, dass es keine Ukraine und keine Ukrainer gibt und dass es sie nie gegeben hat.

Einen besonderen Platz in dieser Kampagne hat die aufgezwungene Diskussion über die Durchführung von Wahlen in der Ukraine während des Krieges und ohne nachhaltigen Frieden. Zu diesem Zweck werden verschiedene Argumente angeführt, die der Sicherheitslage, der aktuellen Gesetzgebung oder der öffentlichen Meinung in der Ukraine nicht entsprechen. Die jüngsten Äußerungen Wladimir Putins über die Notwendigkeit, eine internationale Übergangsverwaltung in der Ukraine einzusetzen und unter deren Schirmherrschaft Wahlen abzuhalten, zeigen dies einmal mehr: Russland akzeptiert keine vom ukrainischen Volk gewählte Regierung in der Ukraine, außer derjenigen, die es selbst ernannt.

Gemäß der ukrainischen Verfassung und Gesetzgebung ist die Abhaltung von Wahlen während des Kriegsrechts verboten, und die Regierung übt ihre Befugnisse während dieser Zeit weiterhin rechtmäßig und ohne Unterbrechung aus. Dementsprechend hat sich die Mehrheit der Ukrainer während des gesamten Zeitraums der großflächigen russischen Invasion durchgehend dafür ausgesprochen, während des Kriegsrechts keine Wahlen abzuhalten. Nach den Umfrageergebnissen des Soziologischen Zentrums »Socis« sprachen sich im Februar 2025 63 Prozent der Befragten gegen die Durchführung von Wahlen vor Ende des Krieges aus (siehe Umfragen ab S. 11). Eine deutliche Mehrheit gegen die Idee, während des Krieges Wahlen abzuhalten, besteht seit 2022. Die Logik der Bürger ist ein-

fach: Solange die tapferen Ukrainer kämpfen, kann es keine Wahlen ohne ihre uneingeschränkte Beteiligung geben; solange die Verteidigung der Ukraine eine zentrale Aufgabe des Staates ist, wird der politische Kampf die Umsetzung dieser Aufgabe erheblich erschweren; freie Wahlen können angesichts der täglichen Bedrohungen in jedem Winkel des Landes und ohne Sicherheitsgarantien nicht stattfinden.

Die wichtigste Herausforderung ist die Sicherheitsbedrohung, die weder für die Ukraine als Ganzes noch für die Wahlen verschwinden wird – weder jetzt noch nach einem vorübergehenden Waffenstillstand an der Front, in der Luft und auf See. Die Organisation von Nachkriegswahlen in der Ukraine, selbst auf lange Sicht, wird komplexe Vorbereitungen sowie zusätzliche gesetzliche Regelungen erfordern, die weitgehend beispiellos sind – zumindest seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Allein seit Anfang 2025 hat Russland mehr als 220 Raketen verschiedener Typen und fast 11.000 Drohnen auf die Ukraine abgefeuert. In der Nacht zum 1. April 2025 hat Russland zum ersten Mal seit langem keinen massiven Kamikaze-Drohnenangriff durchgeführt. Einige Tage später wurden jedoch bei einem weiteren Angriff in der Ukraine 20 Menschen (darunter 9 Kinder) getötet und 75 weitere verletzt. Am Abend des 4. April feuerten russische Truppen eine ballistische Rakete vom Typ Iskander-M ab, die in der Nähe eines Spielplatzes und eines Parks im Zentrum eines Wohnviertels in Krywyj Rih einschlug. Am 13. April tötete eine russische Rakete mit Streumunition mitten am Tag in der Stadt Sumy 34 Menschen und verletzte 99.

Massive Drohnen- und Raketenangriffe verursachen zahlreiche Zerstörungen und zivile Opfer und werden von Tausenden von Luftalarmen begleitet, die die Aktivitäten von Menschen und Institutionen sowie den Verkehr lahmlegen. Seit Anfang 2025 wurden auf regionaler Ebene in der gesamten Ukraine mehr als 5.000 Luftalarme registriert. So wurden beispielsweise seit Jahresbeginn 26 Luftangriffe in der Region Lwiw, 159 in der Stadt Kyjiw und 557 in der Region Charkiw registriert. Am 19. Januar 2025 dauerte einer der Luftangriffe in der Region Sumy mehr als 19 Stunden.

Obwohl die Sicherheitslage in verschiedenen Teilen der Ukraine unterschiedlich ist, gibt es keine absolut sicheren Regionen. Die Durchführung von Wahlen in einem Umfeld, in dem Kandidaten und Wähler von Raketen und Drohnen angegriffen werden können, verstößt gegen die Grundsätze der Menschenrechte. Dementsprechend ist es unmöglich, den Wahlprozess während der aktiven Phase des Krieges zu organisieren. Und selbst bei einem vorübergehenden Waffenstillstand wird Russland weiterhin Terroranschläge verüben. Schon jetzt nutzen russische Spezialdienste die Plattform Telegram, um Personen, oft Jugendliche auf der Suche nach schnell-

lem Geld, für Terroranschläge im ganzen Land zu rekrutieren. Agenten des russischen Auslandsgeheimdienstes GRU zeigen Saboteuren, wie man eine Bombe baut oder wo sie eine Kuriertasche mit unbekanntem Inhalt hinbringen sollen, um Rekruten per Fernsteuerung in die Luft zu sprengen. Leider können sich bei Wahlen solche Ereignisse in noch größerem Maßstab im ganzen Land abspielen – in der Nähe jedes Wahllokals.

Darüber hinaus erfordert die Organisation von Nachkriegswahlen die Entwicklung klarer Regeln und die Schaffung zusätzlicher Infrastruktur. Es werden Anweisungen benötigt, was zu tun ist im Falle eines Luftangriffs, bei Meldungen über verminten oder beschossene Wahllokale – durch Drohnen, Raketen oder Artillerie – oder im Falle von Wählern, die illegale Handlungen unter Verwendung von Waffen begehen, die sich in großer Zahl bei der Bevölkerung finden.

Der erste Schritt auf dem Weg zu Wahlen

Die Organisation von Wahlen ist ohne eine grundlegende Sicherheitsüberprüfung des Gebiets aller ukrainischen Wahlkreise nicht möglich. Eine vorläufige Sicherheitsbewertung und ein Maßnahmenpaket, das sicherstellt, dass möglichst viele Gebiete über einen individuellen Vorbereitungsplan verfügen, werden alle Teilnehmer am Wahlprozess schützen. Aufgrund der unterschiedlichen Sicherheitslage in den verschiedenen Regionen eines so großen Landes wie der Ukraine sollte die Planung der Maßnahmen individuell und umfassend sein. Die Grundvoraussetzungen für ein angemessenes Sicherheitsniveau nach der Einstellung des Beschusses sind die ununterbrochene Arbeit der Polizei, des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und der medizinischen Notdienste sowie das Funktionieren von Einrichtungen im Bereich Wirtschaft, Soziales und Transport: Banken, Verwaltungsdienstleistungen und Postämter sowie Verkehr. Darüber hinaus ist die Ukraine derzeit eines der am stärksten verminten Länder der Welt, so dass sich die Sicherheit der Logistik unmittelbar auf den gesamten Wahlprozess auswirken wird – vom Wahlkampf der Kandidaten bis hin zur sicheren Lieferung der Stimmzettel an die Wahllokale.

Die Frage einer ausreichenden Anzahl von Bunkern in der Nähe der Wahllokale, insbesondere in Gemeinden an der Front, oder die Eröffnung von Wahllokalen direkt in Luftschutzbunkern, insbesondere in Gemeinden in der Nähe der Grenze zu Russland oder der Frontlinie, bleibt wichtig. Sicherheitsbedrohungen können sowohl den Wahlkampf als auch die tatsächliche Wahlbeteiligung in den Wahllokalen beeinträchtigen.

Erneuerung der Infrastruktur für die Durchführung von Wahlen

Die Verfügbarkeit von Infrastrukturen für die Organisation von Wahlen und die Arbeit von Wahlkommissionen

auf den verschiedenen Verwaltungsebenen ist ebenfalls eine Herausforderung. Während der großangelegten russischen Invasion erlitt die Ukraine enorme Zerstörungen – Dutzende von Dörfern und Städten wurden vollständig zerstört und verlassen. Sie haben buchstäblich aufgehört zu existieren, ebenso wie Tausende von Einrichtungen, von der Energieversorgung bis hin zu sozialen und kulturellen Einrichtungen, in denen sich bei der letzten Wahl viele Wahllokale befanden.

Seit dem Ausbruch des Krieges wurden 365 Bildungseinrichtungen, 301 medizinische Einrichtungen und mehr als 400 kulturelle Einrichtungen vollständig zerstört und Tausende weitere Gebäude beschädigt. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission, die vom zivilen Netzwerk OPORA zusammengetragen wurden, sind 77 Prozent aller dauerhaft eingerichteten Wahllokale in der Ukraine für die Durchführung der Wahlen bereit (d. h. 25.655 von 33.237). Bis März 2025 wurden 466 Wahllokale zerstört und 1.307 beschädigt. Aufgrund der russischen Besatzung bzw. andauernder Kämpfe liegen der Zentralen Wahlkommission außerdem keine Informationen über den Zustand von 5.809 Wahllokalen vor.

Das größte Ausmaß an Zerstörung ist in den Regionen nahe der Frontlinie zu verzeichnen, so dass der Zustand der Wahlinfrastruktur in einigen Regionen kritisch ist. So kann in der Region Cherson nur in 6,3 Prozent der Wahllokale gewählt werden, in der Region Donezk sind 8,5 Prozent der Räumlichkeiten dafür geeignet, in der Region Saporischschja sind es 35 Prozent und in der Region Charkiw 67 Prozent.

Um die Willensbekundung der Wähler dennoch zu organisieren, kann ein zerstörtes Gebäude wiederhergestellt oder der Standort des Wahllokals an einen geeigneteren Ort verlegt werden. In einigen Siedlungen gibt es jedoch möglicherweise keine vollständig intakten Gebäude. Die Räumlichkeiten sollten auch mit Internetzugang, unterbrechungsfreier Stromversorgung, Mobiliar, Wahlurnen und zumindest minimalen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen ausgestattet sein.

Eine weitere Möglichkeit ist die Umstrukturierung der Wahllokale. Einige Wahllokale könnten geschlossen werden und die Wahlberechtigten benachbarten Wahllokalen zugeordnet werden. Diese Option erscheint angesichts der millionenfachen Binnen- und Außenmigration der Bevölkerung und der Veränderungen der Wählerzahlen auf regionaler Ebene wahrscheinlich, erfordert aber gute Planung und Zeit.

Die Zentrale Wahlkommission hat bereits im Herbst 2022 einen Beschluss über die Möglichkeit der Organisation und Durchführung von Wahlen in temporären Strukturen, wie Militärzelten, Pavillons und anderen leichten Einrichtungen gefasst. Die Herausforderungen bei der Organisation solcher Wahlen sind die Lieferung

und Installation der Einrichtungen selbst, die Information der Wähler über den Standort solcher Wahllokale und möglicherweise das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Stimmabgabe in solchen Räumlichkeiten.

Schließlich sollten vor jeder Änderung der Wahlinfrastruktur die Daten im staatlichen Wählerregister aktualisiert werden, insbesondere durch aktive Registrierung, wenn die Bürger offiziell ihren neuen Wohnort und ihren Wunsch, an einer neuen Wahladresse zu wählen, erklären.

Die Migration und die Herausforderung der globalisierten Wahlen

Eine proaktive Registrierung kann den ukrainischen Wahlberechtigten im Ausland helfen, an den Wahlen in der Ukraine teil zu nehmen. So sind derzeit nur etwa 400.000 Ukrainer offiziell in den Konsulaten registriert. Nach Schätzungen des zivilen Netzwerks OPORA, die sich auf Daten des Außenministeriums, des staatlichen Grenzschutzdienstes der Ukraine, des UNHCR (Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) und von Mobilfunkbetreibern stützen, dürften sich im März 2025 aber etwa 4–6 Millionen ukrainische Bürger im Ausland aufgehalten haben.

Natürlich sind nicht alle von ihnen wahlberechtigt, aber es ist bereits klar, dass die etwas mehr als 100 Wahllokale, die bisher im Ausland für die Stimmabgabe bei nationalen Wahlen eröffnet wurden, für eine so große Zahl nicht ausreichen werden. So sind beispielsweise in Deutschland und Polen, mit jeweils mehr als einer Millionen ukrainischen Staatsbürgern, derzeit nur 5 Wahllokale pro Land geplant, in der Tschechischen Republik sogar nur 2 (für etwa 400.000 Ukrainer). In Ländern wie Irland oder den Niederlanden mit mehr als 100.000 ukrainischen Flüchtlingen, gibt es nur ein einziges Wahllokal auf dem Botschaftsgelände.

Es ist bereits jetzt notwendig, die Möglichkeit zu prüfen, Hunderte von zusätzlichen Wahllokalen im Ausland einzurichten, nach potenziellen Räumlichkeiten zu suchen, neue Regeln zu entwickeln und mit den Gaststaaten zu verhandeln, da in einigen die Einrichtung ausländischer Wahllokale außerhalb diplomatischer Vertretungen verboten ist.

Eine Alternative könnte die Briefwahl sein, die zum Beispiel in Deutschland aktiv genutzt wird, in der Ukraine aber bisher noch nicht existiert. Ihre Einführung würde den Aufbau der entsprechenden organisatorischen Grundlagen sowie die Schaffung von Vertrauen bei der Bevölkerung erfordern. Laut einer im Jahr 2023 durchgeführten Umfrage unter ukrainischen Wahlberechtigten im Ausland genießt die Briefwahl das geringste Vertrauen unter allen Formen der Stimmabgabe: nur 8 Prozent haben volles Vertrauen, 40 Prozent vertrauen ihr etwas.

Eine weitere Option – die elektronische Stimmabgabe – wird derzeit nicht in Betracht gezogen, da sie mit erheblichen Risiken verbunden ist: die Möglichkeit russischer Einmischung, die Diskreditierung der Ergebnisse durch Propaganda, die Notwendigkeit, grundlegend neue technische Lösungen zu entwickeln, für die es in anderen Ländern keine Entsprechungen gibt. In jedem Fall erfordert die elektronische Stimmabgabe Vorbereitungen und Tests und kann nicht bei den ersten Nachkriegswahlen als Experiment eingeführt werden.

Eine weitere Möglichkeit, um sicherzustellen, dass Millionen Wahlberechtigte im Ausland wählen können, besteht darin, die Dauer der Stimmabgabe auf mehrere Tage zu verlängern. In diesem Fall müssen insbesondere zusätzliche Regeln entwickelt werden, um die Sicherheit und den Transport der Stimmzettel zu gewährleisten, da die Auszählung der Stimmzettel vor dem Ende der Stimmabgabe einen Verstoß bei den Wahlen bedeuten könnte.

Militärangehörige bei den Wahlen

Anfang 2025 dienten in der ukrainischen Armee nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj 880.000 Personen.

In Friedenszeiten oder relativ friedlichen Zeiten ist es natürlich möglich (wenn auch schwierig), spezielle Wahllokale an den ständigen oder vorübergehenden Standorten von Militäreinheiten und anderen Verbänden einzurichten. In Kriegszeiten können solche Wahllokale jedoch zur Zielscheibe für den Feind werden.

Die Frage der Wahlbeteiligung von Armeee Angehörigen, die direkt an der Front tätig sind, bleibt äußerst schwierig. Selbst bei einem Waffenstillstand werden Hunderttausende weiterhin ihre Aufgaben an der Front oder an der Demarkationslinie wahrnehmen, auch am Wahltag. Ein möglicher Ausweg aus dieser Situation wäre die Verlängerung der Wahlzeit in Wahllokalen für Militärangehörige.

Bei Wahlen geht es nicht nur um die direkte Teilnahme an Abstimmungen, sondern auch um das Recht, selber in politische Ämter gewählt zu werden. Die Kandidatur für ein politisches Amt ist jedoch keine Grundlage für die Demobilisierung, d. h. die Entlassung aus dem Militärdienst. Da die Demobilisierung außerdem ein langwieriger Prozess ist, sollte die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, denjenigen Militärangehörigen Urlaub zu gewähren, die in politische Ämter gewählt werden.

Sondergesetz über die ersten Nachkriegswahlen

Die Abhaltung der ersten Nachkriegswahlen, selbst in ferner Zukunft, erfordert eine frühzeitige Vorbereitung und rechtliche Regelung. Unserer Meinung nach bedeu-

tet der Beginn der Arbeit an Rahmenbedingungen für Wahlen nicht den Beginn des Wahlkampfes, sondern zeigt vielmehr den Wert der Demokratie für die beteiligten Parteien. Einige Politiker und wahrscheinlich auch ein Teil der ukrainischen Gesellschaft, die den Umfang und die Komplexität der Vorbereitungen für die Nachkriegswahlen unterschätzen, könnten den Beginn der Arbeit an den entsprechenden Rechtsvorschriften als den Beginn der »Wahlsaison« ansehen. Eine solche Haltung behindert ernsthaft die frühzeitige Vorbereitung der Nachkriegswahlen und birgt das Risiko einer Nichtbeteiligung von Wahlberechtigten im Ausland.

Was den gesetzlichen Rahmen betrifft, so ist es derzeit möglich, das geltende Wahlgesetz zu ändern oder sogar ein Sondergesetz zur Durchführung der ersten Nachkriegswahlen auszuarbeiten.

Im Rahmen einer solchen Regelung muss das Gremium bestimmt werden, das über die Abhaltung solcher Wahlen (Präsidenten- und Parlamentswahlen) entscheidet. Im Falle von Sonderwahlen könnten diese Befugnisse beispielsweise der Zentralen Wahlkommission übertragen werden, angesichts ihrer Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, oder der Werchowna Rada, dem Gremium mit dem repräsentativsten Mandat und vollen Gesetzgebungsbefugnissen. Wichtige Themen sind unter anderem die Dauer des Wahlkampfes und der Wahltermin, das Wahlsystem, die Dauer der Abstimmung, die Wahlmethoden, die Sicherheit.

Weitere Herausforderungen bleiben ungelöst. Insbesondere müssen Ausnahmen von dem Erfordernis eines ständigen Wohnsitzes in der Ukraine (10 Jahre Wohnsitz für Präsidentschaftskandidaten und 5 Jahre Wohnsitz für Parlamentskandidaten) für diejenigen vorgesehen werden, die wegen des Krieges legal ins Ausland gezogen sind und bei den kommenden Wahlen kandidieren wollen.

Es ist auch notwendig, die Übergangszeit für die Vorbereitung von demokratischen Wahlen in den befreiten Gebieten und den Gebieten in der Nähe der Kampfzonen zu regeln. So muss beispielsweise die Möglichkeit geprüft werden, in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten zusätzliche Wahllokale für Wähler aus den vorübergehend besetzten Gebieten zu eröffnen.

Darüber hinaus könnte eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit Wahlen, die aufgrund des Kriegsrechts nicht fristgerecht abgehalten werden konnten, eine Klärung durch das Verfassungsgericht der Ukraine erfordern, da die Verfassung in einer Reihe von Fällen keine Sonderregelung enthält. Dabei geht es insbesondere darum ob, Nachkriegswahlen als reguläre, aber verschobene Wahlen gelten; wann und in welcher Reihenfolge solche Wahlen abgehalten werden sollten und ob solche Abstimmungen mehrere Tage dauern können.

Einmischung Russlands in die Wahlen

Ein erhebliches Risiko für die demokratischen Wahlen in der Ukraine ist die russische Einmischung. Die jüngsten Wahlen in Rumänien, Moldawien und Georgien haben gezeigt, dass der Kreml über ein breites Spektrum an Möglichkeiten und Mitteln für solche Aktivitäten verfügt. Diese können auch in der Ukraine eingesetzt werden. Dazu gehören u. a. Cyberangriffe, physische Einflussnahme, die Verbreitung von Desinformationen und die damit verbundene Spaltung der Gesellschaft, die direkte Bestechung von Wählern, die Diskreditierung von Kandidaten, die für die russischen Behörden »inakzeptabel« sind, und die Finanzierung der Wahlkämpfe von loyalen Politikern.

Russland wird versuchen bestimmte Themen zu dramatisieren, künstliche Konflikte in der ukrainischen Gesellschaft zu schaffen, wohlgesonnene Kandidaten mit Informationen zu unterstützen oder umgekehrt eine aggressive »Schmutzkampagne« (Hetzkampagne) gegen einzelne Politiker oder den Staat als Institution zu führen. Es ist möglich, dass selbst auf der Ebene der russischen Führung Aussagen über »Konsequenzen für die Ukraine« oder eine »Wiederaufnahme der Kämpfe« im Falle der Abstimmung für einen bestimmten Kandidaten oder eine bestimmte Partei gemacht werden.

Der Kreml verfügt weltweit über erhebliche Medienressourcen und kann diese beispielsweise nutzen, um Millionen von Wahlberechtigten zu beeinflussen, die derzeit gezwungen sind, im Ausland zu bleiben. So stellte das US-Justizministerium im September 2024 fest, dass Russia Today 10 Millionen Dollar für die »Erstellung und Verbreitung von Inhalten für ein amerikanisches Publikum mit versteckten Botschaften der russischen Regierung« ausgegeben habe.

Um Propaganda und Desinformation zu bekämpfen, ist es bereits jetzt notwendig, die ukrainische Gesetzgebung im digitalen Bereich an die Anforderungen der Europäischen Union anzupassen und einen gemeinsa-

men Informationsraum mit der EU zu schaffen. In erster Linie geht es um die EU-Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, das Gesetz über digitale Dienste (GdD) und das Gesetz über digitale Märkte (GDM).

Die Schattenfinanzierung wird auch bei den nächsten Wahlen eine große Herausforderung darstellen. Da Russland in der Lage ist, Geld auszugeben, ohne Rechenschaft ablegen zu müssen, wird es seine Politik der Unterstützung prorussischer Kandidaten durch die Finanzierung ihrer Kampagnen fortsetzen. Wie Untersuchungen der Wahlen in Moldawien zeigen, haben allein im September und Oktober 2024 Anhänger der aufgelösten prorussischen Partei ŞOR und Russland 39 Millionen Dollar in das Land überwiesen, um Wähler zu bestechen. Angesichts der erheblichen Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Ukraine aufgrund des russischen Angriffskriegs könnte eine solche Einflussnahme gefährlich sein.

Die Ukraine – sowohl als Staat als auch als Gesellschaft – muss sich auf eine russische Einmischung in die nächsten Wahlen vorbereiten, um die Souveränität, Demokratie und Freiheit zu bewahren, die die Ukrainer auf dem Schlachtfeld verteidigen. Dies erfordert ausreichend Zeit, eine unabhängige Risikoprüfung und eine erhebliche Stärkung der Mechanismen zur Bekämpfung illegaler Wahleinmischungen. Die Ukraine darf nicht zulassen, dass der Kreml den Wahlprozess diskreditiert, denn der Preis eines Scheiterns wäre zu hoch.

Freiheit und Demokratie sind für das ukrainische Volk unbestrittene Werte. Die Ukraine hat sich nie geweigert, faire und freie Wahlen abzuhalten, doch ihre Durchführung erfordert Zeit, finanzielle und personelle Ressourcen sowie nachhaltige Friedens- und Sicherheitsgarantien.

Übersetzt aus dem Ukrainischen von Lina Pleines

Über die Autor:innen

Olha Ajwasowska ist Geschäftsführerin des zivilen Netzwerk OPORA, einer der größten Wahlbeobachtungsorganisationen der Ukraine. Die Expertin für Wahlangelegenheiten leitete von 2010 bis 2021 zahlreiche unabhängige Wahlbeobachtungsmissionen in der Ukraine, an denen über 25.000 Aktivisten beteiligt waren. Außerdem ist sie Mitbegründerin des Internationalen Zentrums für den Sieg der Ukraine (ICUV). Olha Ajwasowska vertrat die Ukraine in der politischen Untergruppe der Trilateralen Kontaktgruppe (Ukraine-Russland-OSZE) zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine (2016–2018) und war Leiterin des Vorstands des Global Network of Domestic Monitors (2021–2024).

Andrij Sawtschuk Experte für Datenanalyse, Datenerfassung und Datenvisualisierung bei OPORA. Er arbeitet seit 2012 aktiv in den Bereichen Parlamentarismus, Wahlen und politische Prozesse und war an mehr als 15 unabhängigen Wahlbeobachtungen beteiligt.

ANALYSE

Warum Wahlen in der Ukraine den Russisch-Ukrainischen Krieg nicht beenden können

Andreas Umland (Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien (SCEEUS), Stockholm/Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.315.02

Zusammenfassung

Abgesehen davon, dass ukrainische Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in naher Zukunft unrealistisch sind, werden sie wenig an Kyjiws Außenpolitik und Haltung gegenüber Moskau ändern.

Zu den vielen Ungereimtheiten des neuen amerikanischen Ansatzes zum Russisch-Ukrainischen Krieg gehört die Annahme, dass baldige Wahlen in der Ukraine hilfreich oder gar entscheidend für eine Beendigung der Kämpfe sein könnten. Insbesondere die Behauptung, dass ein schneller Wechsel an der Spitze der Ukraine, d. h. ein neuer Präsident, zur Erreichung des Friedens beitragen kann, findet heute nicht nur in Moskau, sondern auch in Washington, D.C. und anderen Hauptstädten Befürworter. Diese Akteure halten ein solches Szenario für plausibel, obwohl ein politischer Wandel in der Ukraine angesichts der Realitäten vor Ort in naher Zukunft unwahrscheinlich ist.

Die Durchführung sinnvoller ukrainischer Präsidentschafts- und Parlamentswahlen während eines Krieges und auch kurz nach Abschluss eines Waffenstillstands ist illusorisch. Die seit 2022 andauernde vollumfängliche Invasion Russlands macht eine landesweite Abstimmung derzeit unmöglich und setzt deren längere Vorbereitung nach Kriegsende voraus. Der Krieg hat die Gesellschaft und Infrastruktur der Ukraine so stark in Mitleidenschaft gezogen, dass es in der Ukraine mittlerweile einen Konsens darüber gibt, dass ein neues Gesetz für Nachkriegswahlen verabschiedet und umgesetzt werden muss, um den neuen Umständen Rechnung zu tragen. Die Vorbereitung von Wahlen nach Kriegsende würde mindestens ein halbes Jahr benötigen und könnte bis zu einem Jahr dauern.

Die jüngsten Forderungen nach politischer Erneuerung in der Ukraine sind daher bestenfalls verfrüht und naiv, schlimmstenfalls manipulativ und subversiv. Der Beginn von Russlands Großangriff vor drei Jahren hat die Durchführung geordneter Wahlen während der ständigen Kämpfe im Osten und Luftangriffe im ganzen Land unmöglich gemacht, solange der Krieg andauert. In einem von der führenden ukrainischen Wahlbeobachtungsgruppe *Opora* organisierten öffentlichen Aufruf ukrainischer NGOs vom 20. Februar 2025 heißt es: »Die instabile Sicherheitslage, die Gefahr von Beschuss, Terroranschlägen und Sabotage sowie die großflächige Verminderung von Gebieten stellen in allen Phasen des Wahlprozesses erhebliche Hindernisse dar.« (siehe Dokumentation).

Moskaus Begründung seiner Forderung nach ukrainischen Wahlen ist angebliche Sorge um die Legitimität der ukrainischen Führung. Russlands Ziel ist es jedoch nicht, Volksherrschaft in der Ukraine zu schützen, sondern eine erhöhte Verwundbarkeit des Landes während eines nationalen Wahlkampfes und Votums für staatliche Unterwanderung zu nutzen. Das Motiv der russischen Kampagne für baldige nationale Wahlen in der Ukraine ist nicht ein stabiler Frieden zwischen den beiden Ländern, sondern innenpolitische Destabilisierung und anschließende Unterwerfung der Ukraine.

Wahrscheinliche Ergebnisse künftiger Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Einige Kommentatoren außerhalb Russlands sind sich möglicherweise nicht bewusst oder halten es für unwichtig, welche verborgenen Motive Moskau hinter dessen scheinbarem Interesse an ukrainischer Demokratie stecken. Die Hinterlist und Subversivität von Moskaus Forderung nach Wahlen sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Ein Indiz, dass das Ziel staatlicher Zerrüttung und nicht eines geordneten Führungswechsels hinter Russlands angeblicher Sorge um demokratische Legitimität in der Ukraine steht, ist, dass selbst erfolgreich durchgeführte Wahlen, wie Moskau weiß, die Außenpolitik der Ukraine kaum ändern werden. Ein hypothetischer baldiger Machtwechsel – einschließlich des Präsidenten – in der Ukraine wird, entgegen der Meinung einiger externer Beobachter, nicht zu substanzieller russisch-ukrainischer Annäherung führen.

Erstens deuten die meisten soziologischen Umfrageergebnisse sowie die größere parteipolitische Konstellation seit Beginn der russischen Großinvasion im Februar 2022 bislang auf einen zweiten Sieg von Wolodymyr Selenskyj bei Präsidentschaftswahlen in naher Zukunft hin. Selenskyj wird seinen Erdrutschsieg von 2019 mit über 73 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen womöglich nicht wiederholen können. Auch schwankte die Unterstützung für den amtierenden Präsidenten seit drei Jahren und ist daher nicht genau vorherzusagen, falls es tatsächlich zu Wahlen kommt. Zu guter Letzt hat die Beliebtheit

des ehemaligen Oberbefehlshabers der ukrainischen Streitkräfte und derzeitigen ukrainischen Botschafters im Vereinigten Königreich, General Waleri Saluschnyj, in mehreren Umfragen diejenige Selenskyjs überholt.

Jedoch liegt Selenskyj weiterhin weit vor *allen derzeit aktiven* ukrainischen Politikern mit mehr oder weniger funktionierenden politischen Parteien. Sein bisher schärfster Rivale mit offiziellen politischen Ambitionen ist der ehemalige Präsident Petro Poroschenko. Der Expräsident hat jedoch nicht nur 2019 spektakulär gegen Selenskyj verloren. Derzeit erhält Poroschenko in Meinungsumfragen weniger als die Hälfte der Unterstützung Selenskyjs.

Laut aktuellen Umfragen wäre General Saluschnyj – dessen Karriere 2021 von einer steilen Beförderung zum Oberbefehlshaber durch Selenskyj profitierte – zwar ein potenter politischer Konkurrent für Selenskyj bei Präsidentschaftswahlen. Allerdings hat Saluschnyj bisher weder solche Ambitionen angedeutet noch sich in puncto Parteiaufbau oder anderer Vorbereitungen für einen Einstieg in die Politik und einen Wahlkampf engagiert. Seit seiner Entsendung als Botschafter nach London im Jahr 2023 ist er im ukrainischen öffentlichen Leben weniger präsent, obwohl die Unterstützung der Bevölkerung für ihn immer noch höher ist als für jeden anderen hypothetischen Konkurrenten von Selenskyj. Solange Saluschnyj nicht in die Partei- und Wahlpolitik einsteigt, bleibt Selenskyj absoluter Favorit bei den nächsten Präsidentschaftswahlen der Ukraine.

Zweitens kommt die Hauptkonkurrenz und wichtigste Kritik an Wolodymyr Selenskyj und seiner Partei »Diener des Volkes« eher von Mitte-Rechts sowie der national orientierten Zivilgesellschaft als aus dem politischen Zentrum oder von der politischen Linken der Ukraine. Es gibt nur noch wenige nennenswerte öffentlich gemäßigte, Mitte-Links- oder pro-russische Akteure, die in der Ukraine ein Restpublikum haben. Seit Beginn der großangelegten Invasion Russlands im Jahr 2022 haben sie entweder – wie Juri Bojko oder Dmytro Rasumkow – viel von ihrer Anziehungskraft bei Wählern verloren oder – wie Wiktor Medwedtschuk oder Jewhen Murajew – das Land verlassen. Im Frühjahr 2025 kommt keiner von ihnen mehr als ernstzunehmender künftiger Anwärter auf die ukrainische Präsidentschaft in Frage.

Selenskyj wird trotz seines jüdischen Familienhintergrunds von Moskau als »Nazi« bezeichnet und von einigen nicht-ukrainischen Beobachtern als »Falke« angesehen. Doch wird er seit Beginn seiner politischen Karriere Anfang 2019 von den meisten ukrainischen Journalisten und Experten als relativ gemäßigter Politiker wahrgenommen. Seit ihrer Machtübernahme 2019 werden Selenskyj und sein Team in der Ukraine oft dafür kritisiert, dass sie Russland gegenüber zu optimistisch, nach-

giebig und unentschlossen seien. Die hohe Beliebtheit Saluschnyjs beruht teils auf der Hoffnung, dass der General gegenüber Russland entschlossener und effektiver sein würde als die relative »Taub« Selenskyj.

Unter politischen Beobachtern der Ukraine ist die Annahme weit verbreitet, dass Kriegsveteranen und ihre Parteien in der ukrainischen nationalen, regionalen und lokalen Politik nach dem Krieg eine wichtige Rolle spielen werden. Gegenwärtige oder ehemalige Militärangehörige mit Fronterfahrung werden heute von vielen Ukrainern nicht nur als gut geeignet angesehen, ihr Land vor der russischen Bedrohung zu schützen. Sie gelten auch als weniger korrupt, patriotischer und besser qualifiziert für Führungspositionen als traditionelle Politiker.

Wahrscheinlich werden Männer und Frauen mit militärischem Hintergrund als Ergebnis künftiger nationaler und subnationaler Wahlen ihre Präsenz in der Werchowyna Rada, der Regierung, den Regionalverwaltungen sowie den Selbstverwaltungsorganen erhöhen. Dies kann durch ihre Aufnahme in die Listen bestehender Parteien, unabhängige Kandidaturen oder Bildung neuer politischer Gruppierungen mit militärischem Profil geschehen. Ein wahrscheinlicher künftiger massiver Eintritt ehemaliger Soldatinnen und Soldaten in die ukrainische Politik wird die Haltung Kyjiws gegenüber Moskau eher verhärten als aufweichen.

Trumps ungeschickte Kontaktaufnahme mit der ukrainischen Opposition

Die jüngsten inoffiziellen amerikanischen Kontakte mit dem ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko und der ehemaligen Premierministerin Julija Tymoschenko als mögliche Nachfolger von Selenskyj deuten auf eine dreifache Fehleinschätzung in Washington hin. Erstens würden die meisten mit ukrainischer Politik vertrauten Beobachter eine künftige Präsidentschaft Tymoschenkos und Poroschenkos als unrealistisch abtun. Die beiden Politiker sind zwar heute im öffentlichen Leben, in den Massenmedien und in der Werchowyna Rada präsent. Doch sind sie Vertreter einer vergangenen Ära und Symbole der problematischen Vergangenheit der frühen postsowjetischen Ukraine. Ihre Parteien, »Europäische Solidarität« und »Vaterland«, werden wahrscheinlich auch im nächsten ukrainischen Parlament wieder mit Fraktionen vertreten sein. Poroschenko und Tymoschenko haben jedoch kaum eine Chance, erneut Präsident, Premierminister oder Minister in der Ukraine zu werden.

Zweitens haben Poroschenko und Tymoschenko gegenüber ihren US-amerikanischen Gesprächspartnern deutlich gemacht, dass auch sie gegen baldige Wahlen sind. Stattdessen teilen sie die weit verbreitete ukrainische Ablehnung von Wahlkampf und Abstimmungen in Kriegszeiten. Die beiden Politiker wären wahrschein-

lich auch skeptisch gegenüber Wahlen unmittelbar nach Aufhebung des Kriegsrechts und würden eine längere Vorbereitung erwarten, bevor ein ordnungsgemäßes Wahlprozedere auf sinnvolle Weise stattfinden kann.

Drittens werden die politischen Folgen einer hypothetischen Nachfolge Selenskyjs durch Tymoschenko, Poroschenko oder einen anderen heute denkbaren Präsidentschaftskandidaten in Washington und vielleicht auch anderswo überschätzt. Selbst wenn es zu einem solchen Führungswechsel kommen sollte, würde dies wenig an der außenpolitischen Ausrichtung der Ukraine im Allgemeinen und ihrer Haltung gegenüber Russland im Besonderen ändern. So sind die Parteien von Tymoschenko und Poroschenko, wenn überhaupt, nationalistischer als Selenskyjs »Diener des Volkes«. Beide Politiker haben sich in der Vergangenheit durch bellizistische Äußerungen gegenüber Russland im Allgemeinen und Putin im Besonderen hervorgetan.

Schlussfolgerungen

Es besteht eine offensichtliche Diskrepanz zwischen den in letzter Zeit häufiger werdenden Forderungen nach

Wahlen in der Ukraine und ihren entweder geringfügigen oder – im Hinblick auf ukrainische Konzessionsbereitschaft – negativen politischen Auswirkungen. Dieser Widerspruch hängt mit der zweifelhaften Herkunft und destruktiven Funktion der Idee zusammen, dass Wahlen in der Ukraine zur Beendigung des Russisch-Ukrainischen Krieges beitragen können. Weder die kriegsbedingte Verschiebung der ukrainischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen noch die Person Wolodymyr Selenskyjs sind für die Ergebnislosigkeit der aktuellen Verhandlungen zwischen den USA, der Ukraine und der Russischen Föderation verantwortlich.

Die Verbreitung der irreführenden Vorstellung, dass die schnelle Wahl eines neuen ukrainischen Präsidenten oder/und Parlaments zu einem stabilen Waffenstillstand oder gar dauerhaften Frieden zwischen Russland und der Ukraine führen kann, ist eine gezielte Verschleierung der historischen Gründe und Wege zur Beendigung des Krieges. Das Trugbild, das ukrainische Wahlen für ein Ende der Kämpfe notwendig sind, wurde in Moskau entworfen. Seine Übernahme wäre ein schwerwiegender Fehler weiterer involvierter internationaler Akteure.

Über den Autor

Dr. *Andreas Umland* ist Analyst am Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien (SCEEUS) des Schwedischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (UI).

Literatur

- Maria Popova, Oxana Shevel: Be Wary Of Russia's Call For Negotiations, The National Interest, 28.02.2025, <https://nationalinterest.org/feature/be-wary-of-russias-call-for-negotiations>.
- Martin Fornusek: Poroshenko, Tymoshenko confirm 'transparent' contacts with allies but reaffirm opposition to elections during war, The Kyiv Independent, 06.03.2025, <https://kyivindependent.com/poroshenko-tymoshenko-reaffirm-opposition-to-elections-under-martial-law-after-claims-of-us-contacts/>.

DOKUMENTATION

Statement of Ukrainian Non-Governmental Organizations on the Impossibility of Holding Democratic Elections without the Sustainable Peace

Democracy in war time must be protected even more than during peace time because the cost of a mistake or loss of trust is extremely high.

Our friends' and partners' efforts should ensure that the elections result in a genuine expression of the will of the Ukrainian nation. Just as the international standards for peaceful and post-conflict elections are no different, there is no other measure of democracy than the real access of citizens to govern their state through their representatives, legally elected in free and fair elections by secret ballot without intimidation or threats.

It is Russia's unprovoked act of aggression against a sovereign state which makes holding presidential and parliamentary elections in Ukraine impossible. Russia is not a democracy: there is no real opposition, no independent media, no minimum rights and freedoms, and no political pluralism. In contrast, there is true consensus in Ukraine

regarding the need to have elections no earlier than six months after the end of martial law and this is supported by the government, opposition, and society. The legitimacy of the Ukrainian government is the exclusive prerogative of the Ukrainian people.

Any peace process should take into account Ukraine's voice and a logical sequence of democratic steps for an election: 1) a sustainable ceasefire under the security guarantees of the guarantor countries; 2) proper preparation for elections and restoration of the relevant infrastructure; 3) holding elections after sustainable peace is achieved, martial law is lifted, and the war is settled internationally.

Holding elections in the next six months does not correspond either to security realities, the political and economic situation, nor public sentiment in Ukraine. As of February 2024, 69% of Ukrainians believed that Volodymyr Zelenskyy should remain President until the end of martial law without holding elections. This is authentic proof of unity in society and respect for the military, who are currently defending Ukraine and cannot fully participate in the political process.

It is obvious from the point of view of the Constitution and Ukrainian legislation that holding elections during martial law is prohibited, and the authorities continue to unceasingly and legitimately exercise their powers during this period.

One of the most important challenges for holding elections in Ukraine without sustainable peace is the lack of proper legal mechanisms for organizing them and ensuring voter participation. The development of these mechanisms should consider the consequences of Russian aggression. In addition to establishing the necessary legal framework for post-war elections—let alone wartime elections—Ukraine needs to ensure that millions of its citizens can vote, including those who had to flee abroad, internally displaced persons who have left their homes due to the destruction of cities and villages, and military personnel defending the country.

In turn, to hold elections properly, democratic conditions must be created, including the possibility of free activity of the media, political parties, and civil society organizations, and the search for parliamentary consensus on the rules. Therefore, additional time is needed for the transition from the current martial law to the election period.

Elections are about having the freedom to express the political will, and involve the preparation and organization of voting. Equally important are the day-to-day tasks that are critical in a post-war environment: the work of election commissions, secure voting facilities, cyber-attack-proof information systems, and protecting the transparency and security of the process as a whole.

The unstable security situation, the threats of shelling, the terrorist acts and sabotage, as well as landmines and unexploded ordnance throughout the territories create substantial obstacles at all stages of the electoral process: from the ballot delivery to the possibility of proper observation of electoral procedures, from free campaigning to potentially low voter turnout due to security threats. The fundamental principles of equal and universal suffrage could be jeopardized. Holding elections in an environment where candidates and voters can be targeted by missiles and drones is contrary to human rights principles.

The most significant challenge for electoral democracy in Ukraine is interference in this process by Russia, which will be ready to use any means to do so: from cyberattacks to direct voter bribery, from spreading disinformation and dividing society to discrediting candidates deemed “unacceptable” by Russian authorities and financing the campaigns of loyal politicians. Ukraine—both state and society—must prepare for such interference to preserve the sovereignty, democracy, and freedom that Ukrainians are defending on the battlefield. This requires sufficient time, an independent audit of risks, and a significant strengthening of mechanisms to counter illegal interference in elections.

Undoubtedly, elections in Ukraine must take place—but only after the war is over, sustainable peace is achieved, and security and other conditions are in place to allow for free, fair, democratic, and accessible elections. Ukraine has never refused to hold elections, but organizing them takes time and resources, not demands.

We would sincerely appreciate it if the leaders of the free world would invest their energy and resources in guaranteeing security for Ukraine and preparing for the first post-war elections as a matter of priority. This will help ensure that they are held as soon as possible in accordance with international standards.

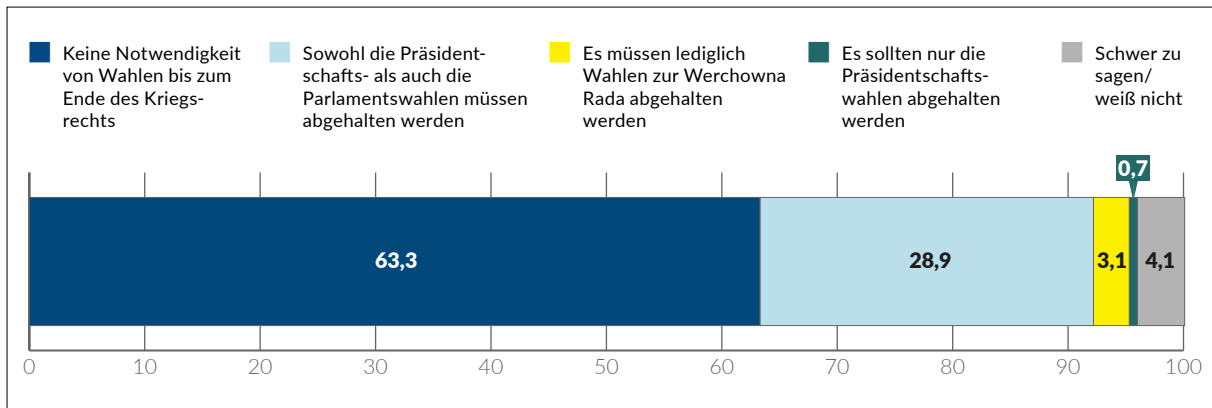
Anm. d. Redaktion: Mehr als 400 zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) haben diese Erklärung unterzeichnet, darunter zahlreiche, die zu den größten und bekanntesten NGOs der Ukraine zählen. Die Auflistung würde mehrere Seiten umfassen, weshalb an dieser Stelle auf die Quelle im Internet verwiesen sei, die eine vollständige Liste enthält:

Quelle: Opora: Statement of Ukrainian Non-Governmental Organizations on the Impossibility of Holding Democratic Elections without the Sustainable Peace, 20.02.2025, <https://www.oporaua.org/en/vybyry/statement-of-ukrainian-non-governmental-organizations-on-the-impossibility-of-holding-democratic-elections-without-the-sustainable-peace-25629>.

UMFRAGEN

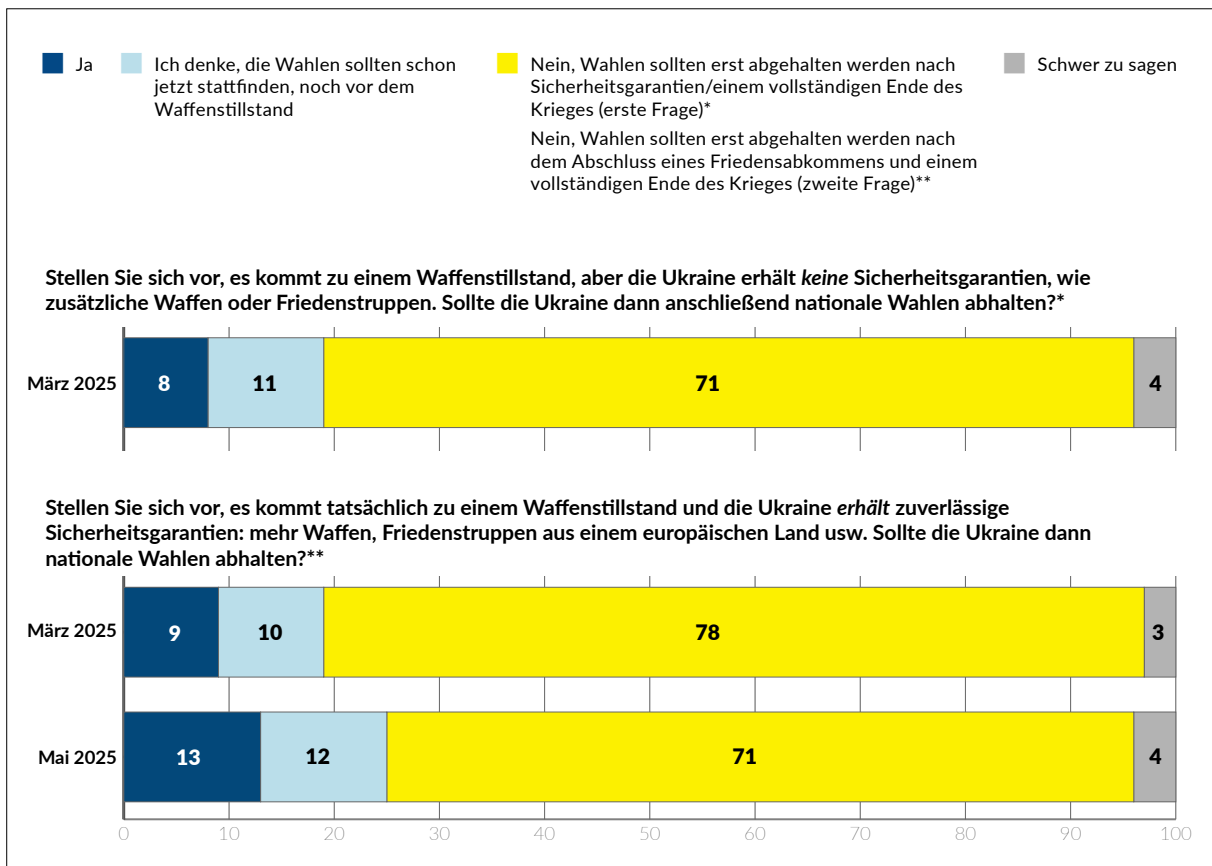
Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu Wahlen im Krieg

Grafik 1: Halten Sie es für notwendig, aktuell Wahlen abzuhalten (Februar 2025, in %)?



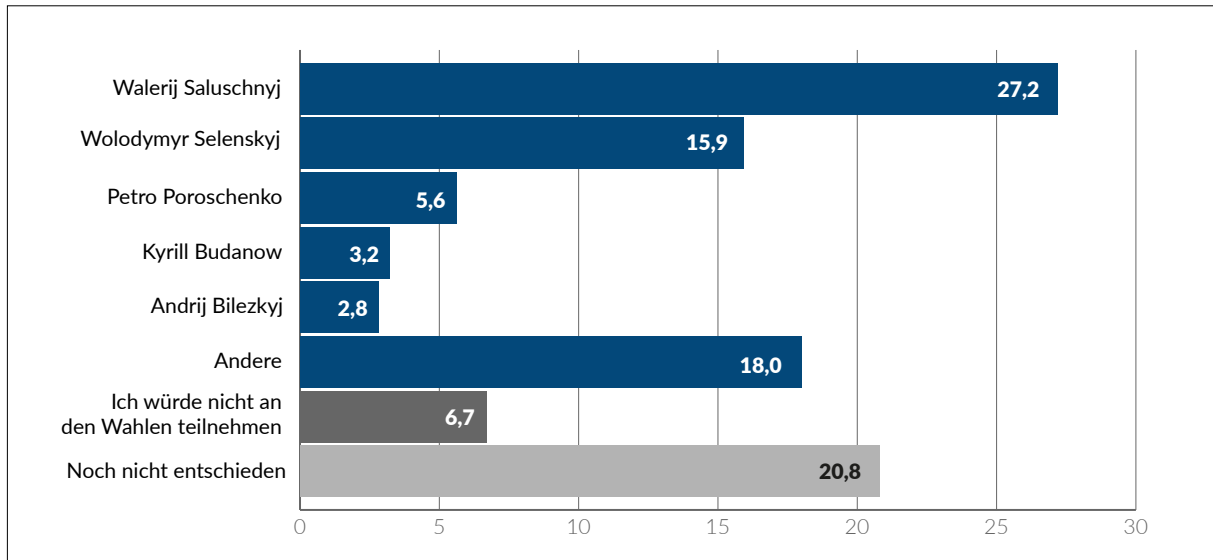
Quelle: SOCIS: Einstellungen zu Wahlen. Stimmung in der Bevölkerung, Februar 2025, <https://socis.kiev.ua/ua/2025-02/>.

Grafik 2: Wahlen mit oder ohne Sicherheitsgarantien (in %)



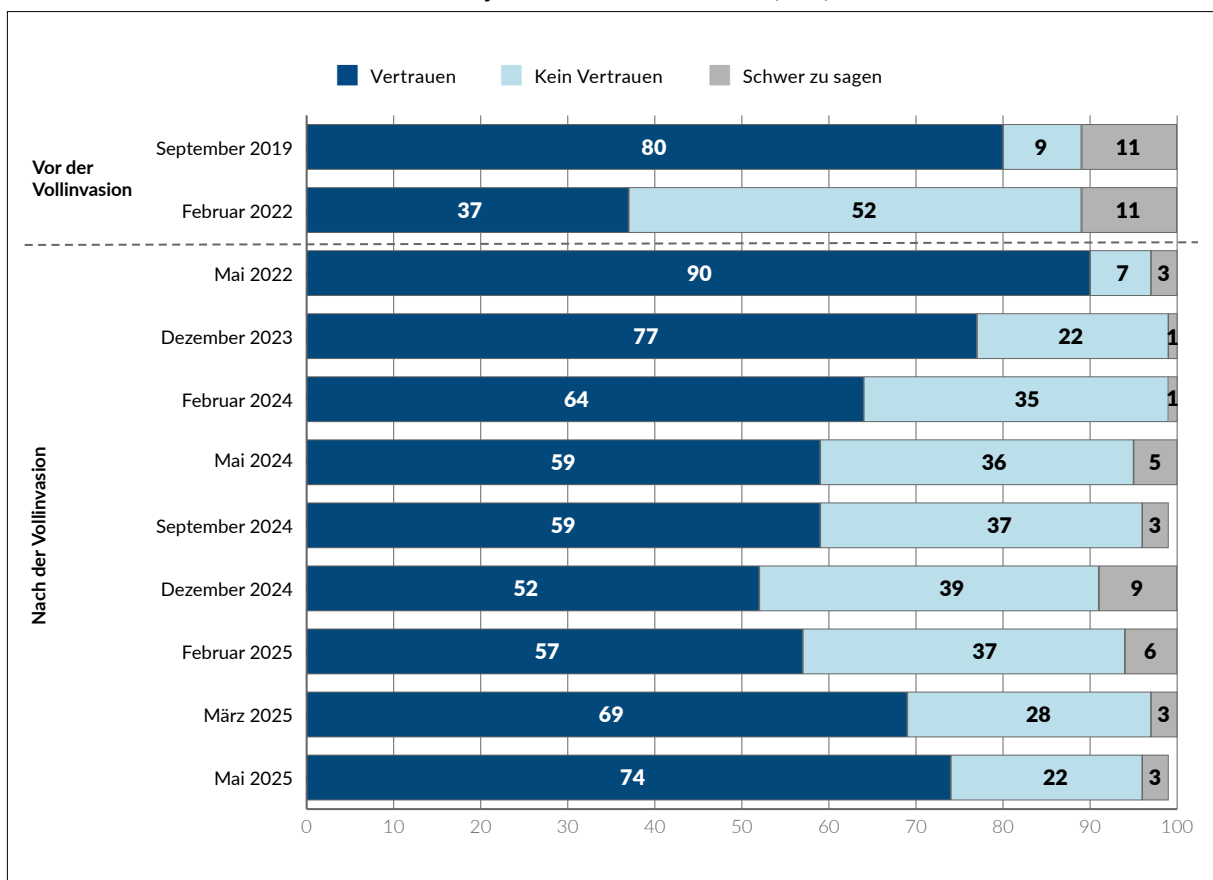
Quellen: Kyiv International Institute of Sociology: Dynamics of trust in President Zelenskyi in 2019-2025 and attitude towards holding elections, 27.03.2025, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1510&page=2> und Kyiv International Institute of Sociology: Dynamics of trust in the President V. Zelenskyi in 2019-2025 and attitude towards holding elections, 14.05.2025, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1529&page=1>.

Grafik 3: Für wen würden Sie bei den Präsidentschaftswahlen stimmen, wenn sie in naher Zukunft stattfinden würden? (Top Fünf, in %)



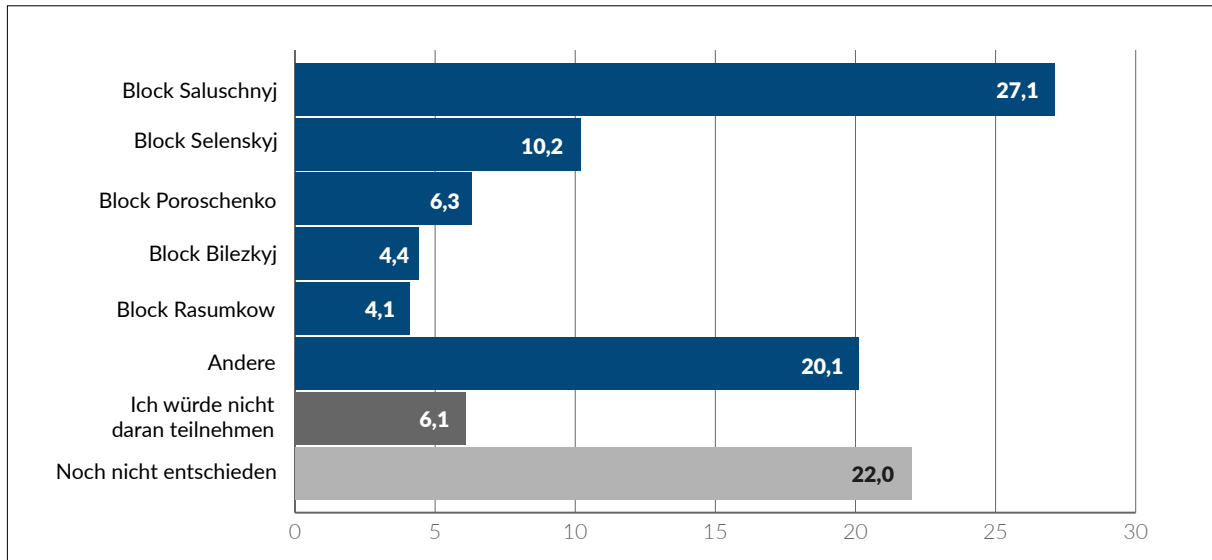
Quelle: SOCIS: Einstellungen zu Wahlen. Stimmung in der Bevölkerung, Februar 2025, <https://socis.kiev.ua/ua/2025-02/>.

Grafik 4: Vertrauen in Präsident Selenskyj in den Jahren 2019–2025 (in %)



Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: Dynamics of trust in the President V. Zelenskyi in 2019-2025 and attitude towards holding elections, 14.05.2025, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1529&page=1>.

Grafik 5: Wenn in naher Zukunft Parlamentswahlen in der Ukraine stattfinden würden, für welche politische Kraft würden Sie wahrscheinlich stimmen? (Top Fünf, in %)



Quelle: SOCIS: Einstellungen zu Wahlen. Stimmung in der Bevölkerung, Februar 2025, <https://socis.kiev.ua/ua/2025-02/>.

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2006 zur Ukraine befinden sich auf der Seite der Ukraine-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus und Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf frei im Internet zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>